

# Dresdner Volkszeitung

Vollstehende: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1268

## Organ für das werktätige Volk

Verkaufspreis: 10 Pf. Einzelhefte: 2 Pf. 10 Hefen: 18 Pf. 10 Hefen: 18 Pf. 10 Hefen: 18 Pf.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Untermannschaft Dresden

Verkaufspreis: 10 Pf. Einzelhefte: 2 Pf. 10 Hefen: 18 Pf. 10 Hefen: 18 Pf. 10 Hefen: 18 Pf.

Schriftleitung: Dresdner Platz 18, Dresden Nr. 1268. Geschäftszeiten: Montag bis Freitag von 7 bis 11 Uhr. Samstag von 7 bis 10 Uhr. Sonntags von 7 bis 11 Uhr.

Verkaufspreis: 10 Pf. Einzelhefte: 2 Pf. 10 Hefen: 18 Pf. 10 Hefen: 18 Pf. 10 Hefen: 18 Pf.

Nr. 111

Dresden, Sonnabend den 12. Mai 1928

39. Jahrg.

### Die Nothilfe der Rechtsparteien

WTB. macht Rettung für bürgerliche Wahlschlepper!

D. Berlin, 12. Mai. (Fig. Funkdruck.) Die Parteien der Rechten ahnen den Bankrott bei den Wahlen voraus. Ihre Versammlungen sind leer und es werden alle Mittel angewandt, die man sich leisten kann, um die Sozialdemokratie zu schlagen. Freiwillige Helfer, die für die ideenlose Politik der Rechten Parteien Arbeit leisten, finden sich nicht, nur für die Stellen für ihnen Arbeitkräfte zur Verfügung. Und um diese wollen sie jetzt in den Großstädten Deutschlands einen gewaltigen Autopark bereitstellen, um durch solche Überlegenheit der Technik die Sozialdemokratie zu schlagen. Unter der Heberschrift „Gründung eines staatsbürgerlichen „Autoparks“ wird durch das Volkische Telegramm-Büro folgendes berichtet:

Bei den letzten lokalen Wahlen hat der Prozentfuß der Rechten in erschreckendem Maße zugenommen. Wirtlich kommt dies Erscheinung bei den Hamburger Bürgerchaftswahlen der überparteiliche Hamburger Wahlverein. Eine Erscheinung in ihrer Art ähnlich der Technischen Hochschule, unter Mitwirkung namhafter Persönlichkeiten des Wirtschaftsbereiches ins Leben gerufen, war es Aufgabe dieses Vereins, jeden Nichtwähler ohne Unterschied der Partei zur Wahl zum Bürger zu bringen. Der Hamburger Wahldienst konnte als Erfolg eine Wahlmehrbeteiligung von 10 bis 15 Prozent gegenüber den früheren Hamburger Bürgerchaftswahlen für sich buchen.

Für die bevorstehenden Wahlen sind deshalb ähnliche Versuche in Berlin, Köln, Frankfurt, Dresden und Stuttgart ins Leben zu rufen. Ihr Programm lautet: Kampf dem Nichtwähler! Werbungen jeglicher Art zur Erhebung der Wahlmehrbeteiligung sind vorgesehen. Im einzelnen ist geplant:

1. Verpflichtung des Bundes für häufige und einflussreiche Hinweise auf die Wahlpflicht. 2. Pressepropaganda. 3. Ausdruck der Parteifrage der städtischen Ver-

Lehrmittel am 19. und 20. Mai „Geht zur Wahl“. 4. Verteilung von Flugblättern und Handzetteln an verkehrsreichen Punkten, Bahnhöfen, Stammtischen usw. mit eindringlichen Mahnungen. 5. Kraftwagenfährtendienst am Wahltag. 6. Kinoreklame zur Wahlpflicht.

Die Ausführung dieses Plans hat ein geschäftsführender Ausschuss übernommen. Größte Wahrung der Neutralität und strenge Durchführung der Heberschaftspflicht ist von allen Seiten gesichert und gewährleistet.

Mit Rücksicht auf die Besonderheit der Verhältnisse wird jedoch davon abgesehen, mit Namen die dem Wahldienst und dem Wahldienst nähestehenden Persönlichkeiten zu nennen.

Es ist unerhörte, daß sich das Volkische Telegramm-Büro zur Stimmungsmache für den Wahlschlepperdienst der Rechtsparteien hergibt. Heberschaft! Das kennt man. Man kennt auch das Schema von Hamburger Wahldienst. Wie befehlen lassen die Chauffeure durch die Straßen, um in den letzten Stunden zu reiten, was noch für die Rechtsparteien zu reiten war. Aber der Plan gelang ihnen nicht. Die Tausende der Hamburger Arbeiter zerstreuen die Pläne des Bürgerturns. Auch am 20. Mai wird die deutsche Sozialdemokratie den Erfolg haben, wenn jeder unserer Anhänger seine Pflicht tut!

Die Parteien der Rechten werden alle Wunden springen lassen. Will die Sozialdemokratie den Erfolg haben, so darf es jetzt nur noch Wahlarbeit geben. Nur noch ein Sonntag trennt uns vom 20. Mai. Nur noch sechs kurze Wochenabende stehen uns zur Verfügung. Sie müssen bis zur letzten Minute ausgenutzt werden, wenn der 20. Mai der große Abrechnungstag werden soll, den wir alle herbeisehnen.

### Landfrauen und Sozialdemokratie

Von Hedwig Schwarz

Auf ihrem stielten Parteitag hat die Sozialdemokratie sich ein Agrarprogramm gegeben, das neben der wirkungsvollsten Förderung der Produktion in der Landwirtschaft das Schicksal des arbeitenden Menschen, also vor allem des Landarbeiters und des Kleinbauers, in den Mittelpunkt stellt. Nach den Gesichtspunkten, dem schaffenden Menschen in der Landwirtschaft einen gesicherten und angemessenen Ertrag seiner Arbeit zu verschaffen und ihm „den Aufstieg zu Freiheit, Menschenwürde und Wohlstand zu bringen“, ist das Agrarprogramm in allen Punkten geschaffen worden, die für die Lebensgestaltung der in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen bedeutsam sind.

Viele Forderungen dieses Agrarprogramms gehen auch die in der Landwirtschaft arbeitende Frau an, teils als Ehefrau des Landarbeiters und Kleinbauers, teils als Mutter, teils in ihrer Eigenschaft als weibliche Arbeitskraft. Seit der Revolution, die auch dem Landarbeiter das freie Vereinsrecht gab, kämpfen der Landarbeiterverband und die Sozialdemokratie um die Verbesserung der drei Faktoren, die das Leben der Landarbeiterfamilie in erster Linie bestimmen:

#### Lohn, Arbeitszeit und Wohnung.

Es ist ganz unverständlich, daß Landbund und sonstige agrarische Unternehmerverbände noch immer über zu hohe Landarbeiterlöhne zu kämpfen wagen, während die Statistik einwandfrei nachweist, daß der Stundenlohn eines Landarbeiters einschließlich des Deputats nicht mehr als 2, bis 2,5 Pfennig beträgt. Wenn man bedenkt, daß der Paragraf in den verschiedenen Gegenden Deutschlands sich zwischen 5 und 25 Pfennig bewegt, so erscheint es einem rätselhaft, warum die Landarbeiterfamilie ihren Bedarf an Kleidung, Hausrat usw. decken soll.

St freilich die Lohnaufbesserung in erster Linie eine rein wirtschaftliche Angelegenheit der Gewerkschaft, die nur durch reifliche Organisation und festes Zusammenhalten der Landarbeiterfamilie gelöst werden kann, so greift die Frage der Arbeitszeit schon früher in die Gesetzgebung ein, und ihre Lösung ist deshalb fast vom Wahlausfall abhängig. Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie fordert ausdrücklich den

#### Achtstundentag als Norm.

Was also im Sommer an notwendiger Mehrarbeit geleistet werden muß, das soll im Winter durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit wieder ausgeglichen werden. Auch die Sonntagsruhe soll unbedingt eingehalten werden und im Sommer 36, im Winter 42 Stunden betragen. Für den Arbeiter, der die auch am Sonntag unbedingt notwendige Arbeit verrichtet, soll ebenfalls ein Ausgleich geschaffen werden. Am dringendsten nötig aber ist eine

#### Reform in der Wohnungsfrage.

Das weiß jeder, der einmal einen Einblick in ländliche Verhältnisse getan und die Zusammenverdrängung einer großen Landarbeiterfamilie, womöglich noch mit Hofgänger, in wenigen elenden Räumen gesehen hat. Nur diese jämmerlichen Behausungen, die oft viel schlechter eingerichtet sind als die nebenan liegenden Viehställe, haben die Landarbeiter abends bei Kündigungen und bei Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber noch erbitterte Kämpfe anzufachen. Fast tausend solcher Streitfälle hat der Landarbeiterverband jährlich für seine Mitglieder gerichtlich zu vertreten, und meistens ist

#### das Recht des Landarbeiters auf seine Wohnung

selbst im heutigen Klassenstaat anerkannt worden. Die Forderung der Sozialdemokratie geht also dahin, Wohnungen bereitzustellen, in welchen der Landarbeiter nicht dem Einfluß des Arbeitgebers unterworfen ist. Die Partei denkt dabei an den Bau von Mietwohnungen durch öffentliche Stellen und gemeinnützige Gesellschaften, an den Bau von Eigenheimen und an die Errichtung von Heimstätten für verheiratete, bewährte Landarbeiter, denen von Reich und Landern bis zu 90 Prozent der Bau- und Einrichtungskosten vorgeschossen werden sollen. Wo aber dieses Ziel einzuweilen noch nicht zu erreichen ist, sollen die dem Gutbesitzer gebührenden Wohnräume der Landarbeiter einer strengen Kontrolle in Bezug auf Einrichtung, Beheizung, Lüftung usw. unterworfen werden. Das Hofgängerrecht will die Sozialdemokratie überhaupt beseitigen, schon aus sittlichen und wohngesundheitlichen Gründen. Das Interesse der Landarbeiterfamilie an einer gesunden, menschenwürdigen Wohnung, die ihre Arbeitskräfte in und in der sie ihre Kinder zur Welt bringt und aufzieht, ist noch viel größer als das des Mannes.

Nicht weniger als die Landarbeiterfamilie hat die Kleinbauernfamilie, die ja auch mitarbeitende Wirtschaftskraft ist, ein starkes Interesse an den wirtschaftlichen Reformen, die die immer wieder als „bauernfeindlich“ beklammerte Sozialdemokratie in ihrem Programm für den Bauernstand vorführt. Die Sozialdemokratie denkt weder an Normen noch an Leuten, noch an einseitige Bevormundung der Großgrundbesitzer. Sie will aber dort, wo der bäuerliche Schicksal nur durch harte

### Chinas Appell an den Völkerbund

T. Genf, 11. Mai. (Fig. Drahtbericht.)

Der Präsident der Kuomintang-Regierung von Peking, Tseung-tsiang, hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm gerichtet, in dem er „im Namen der demokratischen Regierung der chinesischen Republik“ auf den Antrag der durch die Entsendung japanischer Truppen nach der Provinz Schantung aufzustandene Lage sowie auf den Inhalt aufmerksam macht, „daß der Gebietsstand und die politische Unabhängigkeit Chinas brutal verletzt wurden und daß die Rechte unter den Völkern durch die von Japan unternommene Konzeptionshandlung bedroht ist“.

In dem Telegramm wird unter Berufung auf Absatz 2 des Artikels 11 des Völkerbundesnamens um dringliche Unterstützung des Völkerbundes ersucht und mit Nachdruck verlangt, „daß der Völkerbund Japan zur Einstellung der japanischen Truppen und zur sofortigen Rückziehung aus Schantung auffordert“.

Das Telegramm wurde vom Generalsekretär des Völkerbundes sofort an alle Ratstellen weitergeleitet.

gewehr und 6 schwere Geschütze beschlagnahmt wurden. 11 chinesische Generale seien gefangen genommen worden, 40 chinesische Soldaten hätten wegen Vandalenhandlungen erschossen werden müssen. Die militärischen Operationen seien eingestellt worden, weil die Zone von den chinesischen Truppen gesäubert sei.

### 28 000 Japaner in Schantung

Tokio, 11. Mai. Die Eisenbahnbehörden sind angewiesen worden, für die Zeit zwischen dem 13. und 31. Mai Vorkehrungen zur Beförderung von 28 000 Mann und 5000 Pferden nach Schantung zu treffen. Durch diese Verstärkungen wird sich die Stärke der in Schantung stehenden japanischen Truppen auf ungefähr 28 000 erhöhen.

### Die Sozialdemokratie im Vormarsch!

Die Stimmenergebnisse der letzten Jahre zeigen den Vormarsch der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie war bei den meisten Wahlen der alleinige Gewinner.

Abgegebene Stimmen bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924: 29 709 000, bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924: 30 281 000, bei der Präsidentenwahl am 29. März 1925: 26 866 000.

Sozialdemokratische Stimmen am 4. Mai 1924: 6 000 000, am 7. Dezember 1924: 7 881 000, bei der Präsidentenwahl am 29. März 1925: 7 802 000. Prozentuales Verhältnis: am 4. Mai 1924: 20,5 Prozent, 7. Dezember 1924: 26,9 Prozent, Präsidentenwahl: 29,0 Prozent.

Dieses erfreuliche Bild wird ergänzt durch die Landtagswahlen im letzten Jahre. Ein Erfolg waren die Nachwahlen zum Thüringer Landtag im Januar 1927. Ebenso die Neuwahlen in Mecklenburg-Strelitz. Hier betrug der Zuwachs fast zwei Drittel des Bestandes vom Sommer 1923. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin hielten wir uns in schwerem Kampfe gegen rechts und links binnen einem Jahre 15 000 Stimmen mehr. In Hamburg bei den Bürgerchaftswahlen gewann die Sozialdemokratie 80 Prozent der Neuwähler. In Bremen, Braunschweig und Danzig brachten die Wahlen im Herbst neue Siege. In Braunschweig wurden die Deutschnationalen halbiert; bei einer Wahlbeteiligung von über 80 Prozent gewann die Sozialdemokratie 25 000 Stimmen. In Bremen liegt die Stimmziffer der Partei auf über 40 Prozent.

Die Sozialdemokratie ist im Vormarsch!  
Der 20. Mai muß diese Linie fortsetzen!

### Japans blutige Gewalt

S. London, 11. Mai. (Fig. Drahtbericht.)

Das Londoner gemeldete Einzelheiten über die Uebergabe von Tientsin an die Japaner zeigen, daß die japanischen Streitkräfte die Stadt erst nach heftigem Kampf eingenommen haben. Die chinesischen Truppen unter General Fenshanangus letzteren verzweifelten Widerstand und machten nicht weniger als zehn Gegenangriffe gegen die eindringenden Japaner. Dieser Widerstand war eine Fiktion so erfolgreich, daß der japanische kommandierende General sich genötigt sah, aus freiwilligen chinesischen Truppen zusammenzustellen, die, mit Kanonen versehen, gegen die Grenze zwischen Fremdenbesetzung und japanischer Herrschaft stürmten. Die Japaner erlitten hier schwere Verluste.

### Japan rühmt sich seines Blutvergießens

Tokio, 11. Mai. Das japanische Kriegsministerium verkündet einen Bericht, der behauptet, daß es den Japanern nach 14 Monaten Kämpfe gelungen sei, Tientsin und dessen Vororte von chinesischen Truppen zu befreien. Von den chinesischen Soldaten seien 19 000 getötet worden und 159 Maschinen-